

**Gemeinsamer Antrag  
in der Bezirksvertretung  
der Stadt Krefeld**

**-öffentlich-**

**Ratsgruppe LUKS  
Fraktion Die Linke**

**Vorlagennummer**

**759/26 A**

**in der Bezirksvertretung Mitte**

Krefeld, 27.03.2026

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Bezirksvertretung Mitte	21.04.2026	Antrag

**Betreff**

**Rheinstraße autofrei - Einbringung eines Antrags der Ratsgruppe LUKS und Fraktion Die Linke vom 27.03.2026**

**Beschlussentwurf**

Die Verwaltung wird beauftragt,

1.) den Abschnitt Rheinstraße zwischen Königsstraße und Ostwall über mehrere Monate in Q2 und Q3 2026 mittels temporärer Verkehrsregelungselemente (temporäre Schilder, Absperrerelement analog zur Absperrung des Krefelder Weihnachtsmarktes) autofrei für den Individualverkehr mit Ausnahmeregelungen für Rad- und Lieferverkehr für die Rheinstraße zwischen Königsstraße und Ostwall zu planen und die notwendigen Umsetzungsschritte hierfür einzuleiten.

2.) der Bezirksvertretung Mitte während der oben genannten praktischen Testphase eine Vorlage zur Einrichtung einer dauerhaften autofreien (mit o.g. Ausnahmen) Rheinstraße im Abschnitt Königsstraße bis Ostwall vorzulegen, sollte es zu keinen gravierenden Verkehrsbeeinträchtigungen kommen.

**Begründung**

Die Rheinstraße hat den Charakter einer Einkaufsstraße. Trotz Poller und Fahrradständer wird dort weiterhin wild geparkt. Das Sicherheitsgefühl und "Einkaufserlebnis" der Innenstadtbesucher\*innen wird durch den fließenden Verkehr negativ beeinflusst. Auch bestehende und zukünftige Gastronomien können einen hochwertigeren Besuch bieten, wenn keine Autos in direkter Nachbarschaft zu den Gästen fahren.

Die Verwaltung wurde vor 7 Jahren von der SPD zur Prüfung der Verkehrsflüsse für die darauffolgende Sitzung gebeten. Eine Prüfung erfolgte bis heute nicht.

Ein reger Verkehr besteht auf dem Teilabschnitt der Rheinstraße nicht - zuleitend ist lediglich die ebenfalls schwach befahrende Königsstraße, deren Verkehr über den weiteren Verlauf der Königsstraße und Sankt-Anton-Straße abfließen kann. Anhaltspunkte für ein möglicherweise negatives

Prüfergebnis gibt es aus Sicht der Ratsgruppe LUKS somit nicht. Der Antrag ermöglicht jedoch zunächst eine praktische Vorprüfung, analog zum Klimanotfallbeschluss, mit welchem "sukzessive Straßensperrungen" geprüft werden sollten.

Gezeichnet:

Björna Althoff, Ratsfrau und beratendes Mitglied der Bezirksvertretung für die Ratsgruppe LUKS

Sebastian Schubert, Ratsherr und beratendes Mitglied der Bezirksvertretung für die Fraktion Die Linke